

Montag, 5. Januar 2026, Hessische Allgemeine  
(Kassel-Mitte) / Kassel

## ZUR PERSON

# „Die kommunale Ebene zerbröselnt“

**Politik-Professor Wolfgang Schroeder über die Kommunalwahl am 15. März**



Die Kommunalwahl ist keine kleine Bundestagswahl: Das sagt der Politologe Wolfgang Schroeder auch über die Wahl am 15. März in Hessen. Unser Bild zeigt die Auszählung von Wahlzetteln in Schrecksbach in der Schwalm. © Foto: dpa

**Kassel** – Nicht wenige Menschen glauben, Kommunalwahlen würden bundespolitisch geprägt. In Wirklichkeit machen die meisten Wähler ihr Kreuz jedoch aus kommunalpolitischen Gründen, wie der Kasseler Politik-Professor Wolfgang Schroeder erklärt. Im Interview vor der hessischen Kommunalwahl am 15. März, bei der es um die Parlamente in 421 Kommunen und 21 Landkreisen geht, spricht der Wissenschaftler auch über die Schwäche der extrem rechten AfD und das umstrittene Zählverfahren, gegen das unter anderem die FDP klagt.

——— ” ———

**In vielen Parlamenten sehen wir eine extreme Zersplitterung.**

Wolfgang Schroeder

——— “ ———

***Herr Schroeder, Kommunalwahlen werden oft von der Bundespolitik bestimmt. Wie sehr kommt es den Wählern auf lokale Themen an?***

Die sind ihnen ziemlich wichtig. In einer Infra-  
test-Umfrage von 2021 gaben 68 Prozent der  
Befragten an, dass ihre Wahlentscheidung in  
erheblichem Maß kommunalpolitisch geprägt  
und nur zu geringerem Maß bundespolitisch  
motiviert ist. Die Kommunalwahl ist also keine  
kleine Bundestagswahl, wenngleich sie immer  
auch ein Seismograf für das ist, was allgemein  
politisch angesagt ist.

***Inwiefern wird es am 15. März in Hessen an-  
ders sein angesichts der Unzufriedenheit mit  
der Bundesregierung in Berlin?***

Es wird ähnlich sein. Bei der Wahlentscheidung  
für eine Partei gibt es drei entscheidende Punk-  
te: das Programm, den Kandidaten und die  
Parteiidentifikation. Besteht eine große Identifi-  
kation mit der Partei, wähle ich diese wahr-  
scheinlich auch. Das ist gegenwärtig vor allem  
bei der AfD der Fall. Deren Wähler blicken we-  
niger stark auf die Kommunalpolitik als die an-  
derer Parteien; also da spielt die politische  
Großwetterlage eine etwas größere Rolle. Das  
haben wir in diesem Jahr auch bei der Kommu-  
nalwahl in Nordrhein-Westfalen gesehen, wo  
die AfD ihr Ergebnis mit 14,5 Prozent zur vor-

hergehenden Kommunalwahl verdreifacht hat, aber auch deutlich unter dem Bundestrend geblieben ist. Zudem bleibt festzuhalten: 85 Prozent der Wähler haben sich dort gegen die AfD entschieden.

### ***Wie ist die AfD in der Fläche in Hessen aufgestellt?***

Bei der Kommunalwahl 2021 ist die AfD nur in 55 hessischen Gemeinden angetreten, das sind 13 Prozent aller hessischen Kommunen. Die Partei hat aufs Ganze betrachtet ein eklatantes Personalproblem. Es gelingt ihr kaum, anerennungswürdige Persönlichkeiten zu finden, die über ihr eigenes Lager hinaus respektiert werden. Bei Bundes- und Landtagswahlen ist das noch einfacher, aber auf kommunaler Ebene ist das für sie tödlich. Zur Wahrheit gehört aber auch: Überall dort, wo sie angetreten ist, hat sie mindestens einen Sitz bekommen. Dagegen hat die Partei bei Oberbürgermeisterwahlen im Westen bislang kein einziges Mandat gewonnen. Im Osten sieht es nicht viel anders aus. Obwohl sie elektoral enorm zugelegt hat, ist sie seit Jahren auf der Verliererstrecke. Auf lokaler Ebene wird ihr kaum Problemlösungsfähigkeit

zugetraut. Nicht zuletzt, weil dort Persönlichkeiten eine wichtige Rolle spielen. Trotzdem gibt es einen Normalisierungsprozess. In Nordrhein-Westfalen ist die AfD bereits in 23 Prozent aller Kommunen mit Erfolg angetreten; ein Anstieg von 10 Prozentpunkten gegenüber der vorherigen Wahl. Einen ähnlichen Anstieg erwarte ich auch für Hessen.

***Bei den jüngsten Wahlen ist die SPD auch im einst roten Nordhessen ins Hintertreffen geraten. Wie können die Sozialdemokraten den Negativtrend stoppen?***

Das ist Teil eines übergreifenden Trends mit Rückkopplungseffekten durch die Bundes- und Landespolitik. Dazu kommen aber auch selbst gemachte Fehler wie der innerparteiliche Bürgerkrieg der Kasseler SPD 2023 um den damaligen Oberbürgermeister Christian Geselle.

Damit hat die Partei ihre Machtambitionen selbstverschuldet verkleinert. Die SPD hat ein breites Spektrum an Adressaten, an die sie ihre Themen ausspielen muss. Zudem steht sie im direkten Wettbewerb mit CDU, AfD, den Grünen und der Linkspartei. Das führt zu zusätzlicher Nervosität, weil man sich fragt: Bleibt man

so, wie man ist? Geht man weiter nach rechts oder nach links? Ich sehe die Erfolgsformel der Sozialdemokratie darin, dass sie eine Brücke bilden sollte zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum. Eine solche Brückenstrategie hinzubekommen, bedeutet auch, dass man die kulturelle Konfliktlage zwischen diesen Welten versteht und mit ihr umgehen kann. Es geht darum, die Nervosität abzubauen, um mehr in sich zu ruhen; dann kann man in Wahlen und Umfragen auch mal verlieren, ohne gleich den eigenen Kurs komplett infrage stellen zu müssen.

***Die Landesregierung will das Wahlrecht reformieren. Das Zählverfahren nach Hare-Niemeyer soll durch das D'Hondt-Verfahren ersetzt werden, um eine Zersplitterung der Parlamente zu verhindern. FDP, Die Partei und die Klimaliste klagen dagegen, weil kleine Parteien benachteiligt würden. Haben die recht?***

Nein, das finde ich nicht. In vielen Parlamenten sehen wir eine extreme Zersplitterung, die die Kompromissfähigkeit erschwert. Frankfurt mit 15 Parteien ist nur ein Beispiel. Auch deshalb ist die Koalition dort gerade zerbrochen. Im

Sinne der Regierbarkeit von Kommunen scheint mir die Reform sinnvoll zu sein. Ganz ähnlich war es übrigens nach Gründung der Bundesrepublik, als im Bundestag zehn Parteien vertreten waren. Darum wurde 1953 die Fünf-Prozent-Hürde eingeführt. Eine ähnliche Funktion hat das neue Zählverfahren in Hessen. Natürlich können Kleinstparteien nun weniger in Parlamenten vertreten sein. Auf der anderen Seite verlieren größere Parteien durch das Kumulieren und Panaschieren deutlicher. Es ist auf dem Wahlzettel einfacher, die langen Listen der Großen durch eigene Entscheidungen zugunsten von Vertretern der kleineren Parteien zu ergänzen. Grundsätzlich besteht in Deutschland weiterhin die Gefahr, dass es bald niederländische Verhältnisse geben könnte, womit sich die Kompromissfähigkeit weiter erschwert. Auch darum sollten wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen.

***In vielen Ortsbeiräten auf Dörfern gibt es Einheitslisten, weil sich nicht mehr genügend Kandidaten finden. Wie problematisch ist diese Entwicklung?***

Auf kommunalpolitischer Ebene ist es tatsächlich schwieriger geworden, Personal zu finden. Diese Entwicklung spiegelt die unzureichende Integrationskraft der Parteien wider. Hinzu kommt, dass die Parteizugehörigkeit scheinbar auf kommunaler Ebene nicht mehr so eine wichtige Rolle spielt. Das betrifft aber vor allem die kleinen Kommunen. Dort finden wir immer häufiger Listen, die auf Vereine oder die Freiwillige Feuerwehr zurückgreifen. Eine andere Entwicklung ist allerdings noch bemerkenswerter.

### ***Welche meinen Sie?***

In 173 hessischen Kommunen oder 40,6 Prozent aller hessischen Kommunen gibt es parteilose Bürgermeister. Das sind mehr, als jede andere Partei stellt. In einem Gutachten für Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sind wir einst zu dem Schluss gekommen, dass die kommunale Ebene zerbröselte. Kommunen sollten Schulen der Demokratie sein – doch diese Funktion wird in den kleinen Kommunen immer weniger wahrgenommen. In Deutschland gibt es etwa 205.000 gewählte Politiker, 200.000 von ihnen sind auf kommunaler Ebene

tätig. Es ist besorgniserregend, wenn dort keine starke Rekrutierung mehr stattfindet. Dazu kommt das Erstarken der AfD. Friedrich Merz hat schon 2023 gesagt, die Brandmauer müsse auf Bundes- und Landesebene stehen, aber nicht auf kommunaler Ebene. Dort gehe es nur um Sachfragen.

***Hat Merz nicht insofern recht, als es in Stadtparlamenten und Ortsbeiräten tatsächlich vor allem um Sachfragen geht?***

Die Sachfragen sind aber eingebunden in eine zunehmende Politisierung, was vor allem an der AfD liegt. Sie hat die Zerstörung des Gemeinwesens zum Programm gemacht. Zudem ist es so: Wenn eine Straße gebaut werden soll und es ein Planfeststellungsverfahren gibt, dann ist man oft auch bei Weltanschauungsfragen, die jenseits der Straße angesiedelt sind.

***Was hilft gegen die Zerbröselung des Kommunalen, die Sie beklagen?***

Zum einen verlangt die polarisierende Wirkung der AfD allen Akteuren der demokratischen Mitte eine stärkere Resilienz ab. Der Rückzug

vieler Mandatsträger hat auch damit zu tun, dass sie nicht nur in den sozialen Medien, sondern durchaus auch vor Ort vermehrt Hass und Hetze ausgesetzt sind. Sie werden in ihren Positionen stigmatisiert. Das betrifft vor allem Frauen. Diese Entwicklung darf man nicht laufen lassen, sondern man muss auch sanktionieren. Zum anderen muss man deutlich machen, dass der enorme Investitionsrückstand, den wir in Deutschland haben, letztlich eine Aufgabe der Kommunen ist. Dort müssen Straßen gebaut werden, dort müssen Menschen integriert werden, denn das Schicksal der Republik ist stark von Zuwanderung abhängig. In den Kommunen wird die Basis für unsere Zukunft gelegt.

***Sie haben vorgeschlagen, der Staat solle ein Programm für 10.000 Kneipen starten, um den Zusammenhalt zu stärken. Hilft Saufen, die Demokratie zu retten?***

Ja, auf jeden Fall. Trinken verbindet. Das meine ich nicht im Sinne einer Werbung für Brauereien und Weinkeltereien. Vielmehr ist die Kneipe ein Symbol für den „dritten Ort“, an dem man sich gern aufhält. Es braucht mehr gemeinsa-

me Orte, an denen man sich austauscht und trifft, wo Menschen unterschiedlicher Lebenslagen und Herkünfte zusammenkommen. Laut dem Branchenverband Dehoga gab es vor Corona 30.000 Kneipen. Nach der Pandemie waren es nur noch halb so viele. Mittlerweile sind es rund 22.000 Kneipen.

***Sie fordern nun 10.000 zusätzliche Kneipen.***

Diese Zahl wäre machbar. Die großen Investitionen in neue Technologien und Infrastruktur, etwa in die Bahn, sind notwendig, brauchen aber Zeit. Sie werden bei den Menschen zunächst mehr Verdruss als Freude hervorrufen, weil es erst einmal neue Baustellen geben wird. Mit neuen Kneipen lässt sich dagegen gut an die Lebenslagen von Menschen anknüpfen. Hier kann man sich auch engagieren und Kultur organisieren. Das muss nicht täglich sein, auch Angebote, die ein- oder zweimal in der Woche stattfinden, helfen. Die Kneipe ist ein guter Ort gegen die Vereinsamung der Menschen. Jeder hat das Bedürfnis, nicht einsam zu sein und anerkannt zu werden.

***Im September ist die zweite Auflage Ihres Standardwerks „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“ erschienen. Wie groß ist Ihre Sorge um die Demokratie?***

Die ist doch enorm gewachsen. Wir sehen einen politischen und ökonomischen Systemwettbewerb. In den USA gibt es einen autoritären Populismus und in China einen autoritären KP-Bürokratismus. Dazu kommt der europäische Block, der nicht richtig in die Gänge kommt. Wir müssen handlungsfähiger werden, denn die Stimmen nehmen zu, die meinen, Demokratie sei nicht so wichtig. Das sehe ich auch bei den Studierenden. Manche sagen, man könne die AfD doch ruhig mal regieren lassen und dann sehen, ob das was bringt. Manche sind ganz relaxt, aber wir dürfen jetzt nicht relaxt sein.

**INTERVIEW: MATTHIAS LOHR**

**Professor Wolfgang Schroeder (65)**

**Geboren:** am 10. Juni 1960 in Mayen in der Eifel

**Ausbildung:** Politikstudium in Marburg, Wien, Tübingen und Frankfurt

**Karriere:** Referent der IG Metall, Professor

und Leiter des Fachgebiets „Politisches System der BRD“ an der Uni Kassel, zwischenzeitlich Staatssekretär im Brandenburger Sozialministerium, SPD-Mitglied

**Privates:** lebt in Kassel und Berlin.

MAL/FOTO: DAVID AUSSERHOFER